

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 20.04.2026 15:33
Aktenzahl: PGL-591327-2026-KVP/GF
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Schriftliche Anfrage

der Gemeinderätin Sabine Keri (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der
Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Vizebürgermeisterin Mag. Bettina Emmerling, MSc.

Summer City Camps

Die Stadt Wien investiert seit Jahren massiv in die Ferienbetreuung im Rahmen der „Summer City Camps“. Allein für die Jahre 2025 und 2026 wurden dem Verein „Hi Jump Wien“ ein Förderbetrag in der Höhe von EUR 16.431.712,-- für die Durchführung genehmigt.

Trotz dieser Rekordsummen hält das Ressort an einem System fest, das Wiener Familien in zwei Klassen unterteilt: In einer ersten Buchungsphase dürfen Kinder aus ganztägig geführten öffentlichen Volksschulen (GTVS), Offenen Volksschulen (OVS) und ausgewählten Campus-Standorten vorab Plätze reservieren. Alle anderen müssen bis zur zweiten Buchungsphase warten und auf verbliebene Restplätze hoffen.

Diese Praxis führt regelmäßig dazu, dass viele Familien benachteiligt werden, während gleichzeitig Berichte über ungenutzte Plätze durch „No-Shows“ (angemeldete Kinder, die unentschuldigt fernbleiben) die Effizienz des Mitteleinsatzes massiv infrage stellen. Zudem ist für das aktuelle Jahr 2026 festzustellen, dass das Angebot um einen Standort gekürzt wurde, was angesichts des hohen Bedarfs und der vorangegangenen Ausbaupläne widersprüchlich erscheint.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 31 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgende

Anfrage:

1. Wie viele Kinder (in der für die Summer City Camps relevanten Altersgruppe) waren in den Schuljahren 2022/23, 2023/24 und 2024/25 jeweils in Schultypen gemeldet, die in der ersten Buchungsphase zugangsberechtigt waren, und wie viele besuchten Schultypen, die erst in der zweiten Phase zum Zug kamen?
2. Wie begründet die Stadt Wien die Wartefrist für Kinder aus Halbtagschulen, Mittelschulen und AHS-Unterstufen gegenüber Ganztagschulen für die Jahre 2023, 2024 und 2025?
3. Wie viele Plätze standen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 insgesamt zur Verfügung, und wie viele dieser Plätze waren jeweils bereits nach Ende der ersten Buchungsphase (vor Start der zweiten Phase) vergeben?
4. Bitte um eine detaillierte Auflistung pro Standort und pro Woche für die Jahre 2023, 2024 und 2025:
5. Wie viele Plätze standen an dem jeweiligen Standort in dieser Woche insgesamt zur Verfügung?
6. Wie viele dieser Plätze waren bereits nach der ersten Buchungsphase gebucht?
7. Wie lange dauerte es in den Jahren 2023, 2024 und 2025 durchschnittlich (in Tagen/Stunden), bis das gesamte Kontingent an Plätzen nach dem Start der zweiten Phase vollständig erschöpft war (bitte aufgeschlüsselt nach Standorten und Wochen)?
8. Wie viele Personen (Kinder) erhielten in den Jahren 2023, 2024 und 2025 insgesamt keinen Platz mehr (Ablehnungen bzw. verbleibende Personen auf der Warteliste), aufgeschlüsselt nach:
 9. Personen aus der ersten Buchungsphase?
 10. Personen aus der zweiten Buchungsphase?
 11. Zusätzlich aufgeschlüsselt nach Standorten pro Woche?
12. Wie viele Kinder haben in den Jahren 2023, 2024 und 2025 trotz fester Buchung an keinem einzigen Tag der gebuchten Woche teilgenommen (No-Shows)?
13. In wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2023, 2024 und 2025 die angedrohte Sanktion eines einjährigen Ausschlusses von den Wiener Camps aufgrund unentschuldigter Fernbleibens tatsächlich verhängt?
14. Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Stadt Wien für die durch „No-Shows“ ungenutzten Plätze in den Jahren 2023 bis 2025?
15. Warum steht im Jahr 2026 ein Standort weniger zur Verfügung als im Vorjahr (34 statt 35 Standorte)? Um welchen konkreten Standort handelt es sich

dabei, und was waren die fachlichen, organisatorischen oder budgetären Gründe für die Streichung dieses konkreten Standortes?

Für eine bessere Lesbarkeit der schriftlichen Anfrage wird darum gebeten, analog zu parlamentarischen Anfragebeantwortungen auf Bundesebene, auch die Fragen zu den Antworten anzuführen.

14.04.2026

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP)